

In reichen Regionen haben Separatisten Zulauf

Katalonien ist wirtschaftlich stark und sieht sich finanziell vom spanischen Zentralstaat ausgebeutet. Auch andere Sezessionsbewegungen in Europa – von Schottland bis zu den Flamen – haben ökonomische Gründe.

pp. FRANKFURT, 27. September. Der Konflikt zwischen der katalanischen Regionalregierung und Spaniens Zentralregierung hat sich vor dem umstrittenen Referendum über eine Unabhängigkeit extrem zugespitzt. Polizisten der Nationalgarde durchsuchten in Barcelona Regierungsbehörden und verhafteten mehr als ein Dutzend Sezessionisten. Hunderttausende Stimmzettel wurden beschlagnahmt. Sogar Panzer hat Madrid in die Region verlegen lassen. ●b das Unabhängigkeitsreferendum am 1. ●ktober stattfindet, das der spanische Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt hat, ist höchst ungewiss. Aber auch wenn es nicht jetzt zum Referendum kommt – die Gründe für die Unzufriedenheit vieler Katalanen bleiben bestehen.

Einmal sind es kulturelle Gründe, etwa die lange währende Unterdrückung der katalanischen Sprache und Kultur, zum anderen aber auch ökonomische Faktoren. „Meist ist es eine Kombination aus kulturellen und ökonomischen Gründen, die Sezessionen antreibt“, sagt Kai Gehring, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Zürich, der die Entwicklung verschiedener sezessionistischer Bewegungen in Europa untersucht hat. Davon gibt es mehrere. Aktuell ist vor allem die Abspaltung Kataloniens in den Schlagzeilen. Doch vor drei Jahren, im September 2014, stimmten die Schotten über ihre Unabhängigkeit ab; damals votierten 55 Prozent mit Nein. Schon seit Jahrzehnten gibt es große Spannungen in Belgien zwischen dem flämischsprachigen Norden und der frankophonen Wallonie im Süden, die unter dem schwierigen Erbe alter Industrien und hoher Arbeitslosigkeit leidet. Im zersplitterten belgischen Parlament ist die stärkste Partei die flämische Nationalpartei, die das Land am liebsten aufspalten möchte und beklagt, dass der Finanzausgleich in Wirklichkeit ein Dauertransfer in den wallonischen Landesteil sei. Und im reichen Norditalien hatte die sezessionistische Lega Nord, die auf den



Studentendemonstration in Barcelona für das Unabhängigkeitsreferendum

Foto: dpa

korrupten Süden schimpft, viele Jahre relativ große politische Erfolge. Auch sie behauptet, dass zu viel Steuergeld aus ihrer Region in den nicht funktionierenden Süden gepumpt werde.

Ähnliche Klagen, man werde über den Länderfinanzausgleich benachteiligt, sind in Katalonien zu hören. „Demokratische sezessionistische Bewegungen haben vor allem dann Auftrieb, wenn ein Landesteil wertvollere Ressourcen besitzt und glaubt, er werde von den anderen Landesteilen wirtschaftlich übermäßig belastet“, erklärt Gehring. In Schottland, das über reiche Erdölvorkommen vor der Küste verfügt, hat die Unabhängigkeitsbewegung zugelegt, je mehr Öl gefunden wurde. Nach Gehrings Untersuchung stieg der Stimmenanteil der Schottischen Nationalpartei (SNP) jeweils um zwei Prozentpunkte, wenn ein neues größeres Ölfeld gefunden wurde. Denn dann glauben

die Wähler, ein unabhängiges Schottland – ohne den Rest des Vereinigten Königreichs – stünde wirtschaftlich besser da.

Klar sichtbar ist der ökonomische Faktor auch in Spanien. Die galizische Unabhängigkeitsbewegung hat nicht so viele Anhänger wie die katalanische, weil Galizien wirtschaftlich nicht so potent ist. Die Region Katalonien im Nordosten Spaniens mit 7,5 Millionen Einwohnern ist die reichste und exportstärkste. Sie hat eine starke moderne Industriebasis, Hightech-Unternehmen und ein hohes Bildungsniveau der Einwohner. Katalonien hat nur ein Sechstel der Einwohnerzahl Spaniens, steuert aber rund 20 Prozent der Wirtschaftskraft bei. In Barcelona sind Klagen zu hören, dass Madrid zu viel Geld abkassiere, aber beispielsweise den Bau der Infrastruktur in der Region vernachlässige. Wie viel Katalonien wirklich mehr in den spanischen Finanzaus-

gleich einzahlt, als es herausbekommt, ist schwer zu sagen. Das System ist mehrschichtig und sehr komplex. Der katalanischstämmige Ökonom Xavier Sala-i-Martin, der an der Columbia University in New York lehrt, hat den Nettotransfer aus Katalonien an die Zentralregierung auf mehr als 8 Milliarden Euro jährlich beziffert. ●b das wirklich stimmt, ist kaum zu sagen. „Entscheidend ist aber, dass die Wähler in Katalonien es so wahrnehmen, dass sie übermäßig belastet werden“, sagt Gehring. Er hält es für einen Fehler, dass die Regierung von Mariano Rajoy in Madrid den Wunsch nach mehr Autonomie und vor allem mehr Steuerautonomie der Katalanen so brüsk verweigert hat. „Das Baskenland hat wesentlich größere Freiheiten und Steuerautonomie – die Leute in Katalonien fragen, warum sie nicht auch.“

Ähnliche Töne sind auch aus anderen europäischen Regionen zu hören, die Wert auf ihre kulturell-politische Autonomie legen, etwa aus Südtirol. Landeshauptmann Arno Kompatscher kritisierte vor wenigen Tagen: „Kataloniens Finanzautonomie existiert derzeit nur auf dem Papier, und Spanien ist unverständlicherweise nicht bereit, einen fairen Finanzausgleich umzusetzen.“ Kompatscher verglich die derzeitige Situation Kataloniens mit der Lage Südtirols in den fünfziger und sechziger Jahren, als Italien den Südtirolern auch keine Autonomie zugestehen wollte. Erst mit dem weitreichenden Autonomie-Statut wurde der Unabhängigkeitswunsch vieler Südtiroler besänftigt. In Schottland ist der Appetit auf Abspaltung etwas gesunken, seit der Ölpreis so stark fiel, was die regionalen Finanzen negativ betraf. Angesichts der BrexitWirren wollen manche in Schottland aber ein neues Referendum wagen.

Aus Sicht einiger Beobachter könnte der Konflikt zwischen Katalanen und Madrid entschärft werden, wenn die Zentralregierung weniger hart vorgehe. „Das harte Vorgehen schafft derzeit sehr viel Aggression“, meint der Züricher Ökonom Gehring. Würde Spanien mehr Zugeständnisse machen und ein Referendum erlauben, wäre eine Mehrheit für den Verbleib im Königreich sehr wahrscheinlich. Denn unmittelbare ökonomische Vorteile hätte eine Abspaltung kaum, glaubt Gehring. Zu hoch wären die Unsicherheiten, wie es etwa mit der EU-Mitgliedschaft und der Zugehörigkeit zum europäischen Binnenmarkt weiterginge. Ungeklärt wäre auch, wie die bestehenden Schulden aufgeteilt würden.